

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Bezugspreis vierteljährlich 1,35 RM., in Wilsdruff 1,33 RM., durch die Post bezogen 1,54 RM.

Verantwortlicher Redakteur: — Telekomm.-Adresse: Amtsblatt Wilsdruff.

und Umgegend.

Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens 12 Uhr angenommen.

Inserationspreis 15 Pfg. pro viergespaltene Korpuszeile. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg. Zeitraumbänder und tabellarischer Satz mit 50 % Aufschlag.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Weissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Localblatt für Wilsdruff,

Mittanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Buchhardtswalde, Großsch, Grumbach, Grund bei Rohorn, Heltigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Lindbach, Lohsen, Mohorn, Mültz-Roitzsch, Runzig, Reutirchen, Reutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Pohrsdorf, Röhrsorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligshald, Spechtshausen, Taubenheim, Unterdorf, Weiskropp, Wilsberg.

Mit der wöchentlichen Beilage „Welt im Bild“ und der monatlichen Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Schünke, Wilsdruff. Für Inhalt und Inserate verantwortlich: Arthur Schünke, für den übrigen Teil: Johannes Arzig, beide in Wilsdruff.

No. 91.

Donnerstag, den 12. August 1909.

68. Jahrg.

Das während der diesjährigen Herbstübungen der 1. Division Nr. 23. und des XI. Armeekorps für die in Freiberg, Wilsdruff und Frauenstein zu errichtenden Mandoer-Probantämter benötigte **Wirts- und Bäckereiholz** soll entweder in einem Lose oder für die einzelnen Aemter getrennt vergeben werden. Lieferungsbedingungen, aus denen auch der Bedarf zu ersehen ist, können in den Geschäftsräumen der unterzeichneten Intendantur — Dresden-N., Wasserstraße 5, Zimmer 263 — eingesehen oder von dort erbeten werden. Angebote sind bis 20. August d. J., 10 Uhr vormittags, daselbst abzugeben.

Es darf nur gesundes, trockenes, lerniges Holz zum Angebot gelangen.

Intendantur der 1. Division Nr. 23.

Donnerstag, den 12. August 1909, nachmittags 6 Uhr

öffentl. Stadtgemeinderatsitzung.

Die Tagesordnung hängt im Rathause aus.

Wilsdruff, den 11. August 1909.

Der Bürgermeister.
Kahlenberger.

Allgemeine Lage von Industrie und Handel im Handelskammerbezirke Dresden.

Aus dem Berichte der Handelskammer Dresden.

I.

Der wirtschaftliche Rückschlag, der bereits im Vorjahre eingeleitet wurde, hielt im Jahre 1908 nicht nur an, sondern verschärfte sich sogar noch bedeutend. Von der überwiegenden Mehrzahl unserer Berichterstatter wird übereinstimmend gefolgt, daß sich die Absatzverhältnisse erheblich verschlechtert und daß deshalb die Verkaufspreise ganz unüblich waren. Betriebsbeschränkungen, verbunden mit mehr oder weniger umfangreichen Arbeiterentlassungen, waren in den meisten Gewerbezweigen an der Tagesordnung.

Der Niedergang der Konjunktur kam recht deutlich in einem nicht unerheblichen Einnahmehinfall bei dem Güterverkehr der sächsischen Staatsbahnen zum Ausdruck. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr gingen von 100% Millionen Mark im Vorjahre auf 97% Mill. Mark im Berichtsjahre, also um rund 3 Millionen Mark zurück. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Berichtsjahre die Leistungsfähigkeit der Eisenbahn durch den andauernd ungenügenden Wasserstand fast beeinträchtigt wurde und daß deshalb große Gütermengen, die bei günstigerem Wasserstande zu Wasser verfrachtet worden wären, mit der Eisenbahn befördert werden mußten. Bei besseren Wasserverhältnissen würde der Einnahmehinfall noch stärker gewesen sein.

Die Ursachen dieses wirtschaftlichen Rückschlages waren verschiedener Art. Zunächst scheint der störende Geschäftsgang der Vorjahre diese Unternehmer veranlaßt zu haben, über den dauernden Bedarf hinaus neue Betriebe zu errichten oder bestehende zu erweitern. Als sich nun in den letzten Monaten des Vorjahres und besonders im Berichtsjahre der Bedarf bedeutend verringerte, überstieg das Angebot die Nachfrage bei weitem, so daß der Absatz große Schwierigkeiten bot und die meisten Waren zu unüblichen Preisen abgesetzt werden mußten.

Verschiedene außerordentliche Ereignisse trugen dazu bei, die Krise zu verschärfen. Die politische Lage war namentlich in der zweiten Jahreshälfte recht unstet.

Die Balkanwirren drohten zeitweise sogar einen europäischen Krieg anzufachen. Der für unseren Kammerbezirk ziemlich wichtige geschäftliche Verkehr nach dem Oriente wurde besonders durch den Boykott österreichischer Waren in der Türkei, der sich schließlich auch auf alle über Oesterreich beförderten Waren ausdehnte, erschwert. In den Vereinigten Staaten von Amerika beunruhigte die Präsidentschaftswahl, die für die Fortführung der bisherigen Wirtschaftspolitik des Landes von entscheidender Bedeutung zu sein pflegt, das gesamte Wirtschaftsleben. Eine Beunruhigung des inländischen Marktes wurde vor allem durch die Reichsfinanzreform verursacht. Die verbündeten Regierungen beabsichtigten, den Mehrbedarf des Reiches von nicht weniger als einer halben Milliarde zum größeren Teil durch Verbrauchs- und Verkehrssteuern aufzubringen. Insbesondere sollten die alkoholischen Getränke und die Tabakerzeugnisse, Licht und Kraft, soweit sie mit Gas und Elektrizität erzeugt werden, sowie die geschäftlichen Anknüpfungen höher oder neu belastet werden. Bei der Mehrzahl der vorgeschlagenen Steuern war nicht abzusehen, ob es möglich sein würde, sie bestimmungsgemäß auf die Abnehmer abzuwälzen. Infolgedessen wurde die Unternehmungslust in den bedrohten Gewerbezweigen, die, wie die Zigarren- und Zigarettenindustrie, die Brauerei und die Plakatherstellung mit ihren verschiedenen Hilfsindustrien

gerade in unserem Kammerbezirke stark vertreten sind, vollständig lahmgelegt.

Weiter nachteilig wirkten die ungünstigen Wasser-Verhältnisse. Wegen des andauernd niedrigen Wasserstandes mußte der Schiffahrtsbetrieb ungewöhnlich lange eingeschränkt werden. Große Warenmengen mußten unter erheblich höherem Kostenaufwand auf der Eisenbahn bezogen oder verladen werden. Die Vereinigten Gewerkschaftsgesellschaften, die im Vorjahre noch eine Dividende von 8% verteilten, konnten im Berichtsjahre überhaupt keine Dividende zahlen. Daneben litten auch die gerade in unserem Bezirke so zahlreichen auf Wasserkraft angewiesenen Betriebe unter dem Mangel an Betriebswasser.

Abgeschwächt wurde die Krise wenigstens zum Teil durch den guten Absatz der inländischen Ernte. Die Weizen-, namentlich aber die Roggenente fielen im Berichtsjahre außergewöhnlich reichlich aus. Von Roggen konnte sogar — zum ersten Male seit vielen Jahren — beträchtlich mehr als eingeführt werden, ohne daß dadurch die Versorgung des inländischen Marktes merklich beeinträchtigt worden wäre. Von der günstigen Lage der Landwirtschaft hatten namentlich die Gewerkschaften Nutzen, die ihren Absatz hauptsächlich bei der Landwirtschaft finden, wie z. B. die Herstellung von landwirtschaftlichen und Brennereimaschinen, von Steinzeugrohren zu Drainagezwecken, die Herstellung künstlicher Düngemittel usw.

Hand in Hand mit dem Abflauen des Geschäftsganges ging eine Verringerung des Kapitalbedarfs der deutschen Industrie und damit eine geringere Inanspruchnahme des Kredits der Reichsbank. Diese konnte infolgedessen den ungewöhnlich hohen Diskontsatz von 7 1/2% mit dem sie noch in das Berichtsjahre eintrat, schon im Monat Januar auf 6% herabsetzen und ihn allmählich weiter ermäßigen, bis er im Juni 4% erreichte. Diese Höhe behielt er bis zum Jahreschlusse bei. Das Jahresmittel stellte sich auf 4,764% gegen 6,033% im Vorjahre. Aber auch diese beträchtliche Ermäßigung des Reichsbankdiskontsatzes vermochte das Geschäft nicht wieder zu beleben. Im Bankgeschäft wurde der durch den Rückgang der Zinssätze verursachte Ausfall einigermaßen ausgeglichen durch die Kurssteigerung der Anlagepapiere.

Weder die wichtigsten Rohstoffe konnten schon im Vorjahre ihre bis dahin außerordentlich gestiegenen Preise nicht mehr behaupten. Der Preisrückgang hielt für die meisten Rohstoffe auch im Berichtsjahre noch an. Roh-eisen wurde bedeutend billiger, nachdem sich das Hochofensyndikat aufgelöst hatte. Die Freigabe des Verkaufs führte freilich alsbald zu wilden Preisunterbietungen der früher syndizierten Werke und damit zu einer Unsicherheit des Rohisenmarktes, die auch von den Verbrauchern sehr nachteilig empfunden wurde. Ebenso gingen die Preise von Kupfer, Blei und Zink noch zurück. Die Woll- und Baumwollpreise sanken plötzlich und ganz erheblich. Das Sinken der Rohstoffpreise war aber häufig für die Weiterverarbeiter nicht von Vorteil. Viele Fabrikanten hatten noch große Vorräte teuer eingekaufter Rohstoffe auf Lager, als schon Waren aus billigen Rohstoffen auf den Markt kamen. Diese Vorräte wurden dadurch natürlich stark entwertet. Eine Erhöhung erfuhren die Holzpreise und gegen Ende des Jahres auch die Preise der Rohhäute. Vor allem wird aber von den verschiedensten Seiten darüber geklagt, daß die Kohlsyndikate, aber auch einige andere Rohstoffverbände auf die mißliche Lage der Industrie keine Rücksicht nahmen und mit ihren Preisen nicht nur nicht herabgingen, sondern sie sogar teilweise noch erhöhten. Dadurch wurde es der in unserem Bezirke besonders stark vertretenen Fertigungsindustrie

wesentlich erschwert, ihre Preise der rückgängigen Konjunktur anzupassen.

Von dem Rückgange der Konjunktur wurden auch im Berichtsjahre nicht alle Gewerbezweige des Kammerbezirks gleichmäßig getroffen. Verhältnismäßig wenig scheint die Gemische Industrie und die Strohhutindustrie gelitten zu haben. Auch verschiedene Zweige der Maschinen- und Metallwaren-, sowie der Textilindustrie hatten noch flott zu tun.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 11. August.

Deutsches Reich.

Das neue Reichstagspräsidium.

Eine Korrespondenz will von parlamentarischer Seite erfahren haben, es scheitert jetzt vollständig fest, daß der nächste Präsident des Reichstages ein Zentrumsmann sein werde; als aus geschlossen werde es jedoch angesehen, daß der Präsident des verflorenen Reichstages Graf Ballestrem hierfür in Frage kommt; dieser sei 75 Jahre alt und daher wohl kaum imstande, ein so anstrengendes Amt zu übernehmen. Die Konservativen würden dann den Posten des ersten Vizepräsidenten belegen, und zwar gleichfalls durch einen neuen Mann, da der bisherige Präsident Graf Stolberg nicht geneigt sein dürfte, für den Posten des ersten Vizepräsidenten zu kandidieren. — Die „D. Tagesztg.“ bemerkt hierzu: „An dieser Meldung, die mit einiger Sicherheit auftritt, ist so gut wie alles falsch; über die Befugung des Präsidiums im neuen Reichstage haben noch keinerlei Beratungen stattgefunden. Es steht also in keiner Weise fest, daß das Zentrum Anspruch auf die Stelle des Präsidenten machen wird. Auch die konservative Fraktion hat, soweit wir unterrichtet sind, zu der Frage des neuen Reichstagspräsidenten noch nicht Stellung genommen. Nur in einem Punkte sind die Mitteilungen der Korrespondenz richtig, nämlich darin, daß Graf Ballestrem für den Posten des Präsidenten nicht in Frage kommt, aber nicht deswegen, weil er zu alt ist, sondern weil er dem Reichstage überhaupt nicht angehört. Das scheint der angeblich so gut unterrichtete Gewährsmann der Korrespondenz völlig vergessen zu haben.“

Die geplante Verteuerung des Telefones hat der Reichspostsekretär Kräfte noch nicht abgegeben. Er wird seine Vorlage über die Fernspreckgebühren-Ordnung, die durch den Schluß der Session gegenstandslos geworden ist, gleich im Herbst im Reichstage wieder einbringen. Die Aufnahme, die seine erste Vorlage in den Interessentenkreisen gefunden hat, soll den Staatssekretär zur Bornahme einiger Änderungen an dem Entwurfe bewegen haben, nach dem jedes Ferngespräch 4 Pfg. Gebühren kosten würde. Es soll neben der Einzelgesprächs- auch die Pauschalgebühr bestehen bleiben.

Keine Verlegung der Kaisermandöver.

Zu der von der württembergischen Zweiten Kammer beantragten Verlegung der Kaisermandöver schreibt man von militärischer Seite: Man wird nicht annehmen dürfen, daß der an sich begreifliche Wunsch nach Verlegung der Mandöver Aussicht auf Erfüllung hat. Denn wenn selbst alle längst getroffenen Vorbereitungen der Heeresverwaltung, wie die Einberufung der Reservisten, die Mietung von Depots, Automobilzügen und Gepanzen, die Abschlüsse für Mannschäftsverpflegung und Futrageleistungen usw. auf einen späteren Zeitpunkt verlegt werden könnten, was naturgemäß auch mit erheblichen Kosten verbunden wäre, so steht doch die Entlassung der Reservisten, die als Folge der zweijährigen Dienstzeit spätestens am 30. September erfolgt sein muß, einer Verlegung der Mandöver als ge-